

NetzwerkBüro Frauen und Mädchen mit Behinderung / chronischer Erkrankung NRW

Mütter mit Behinderung wissen zu wenig über Unterstützungsmöglichkeiten und zugleich wird Eltern bei der Beantragung von Hilfen schnell ihre Erziehungskompetenz abgesprochen. Wie fördern Sie Ausweitung, Verzahnung, Vernetzung adäquater Beratungs- und Hilfsangebote für Eltern mit Behinderung?

Für uns hat Familienbildung und -beratung einen ganz besondere Stellenwert, weil beste Bildung für Kinder und Jugendliche auch bedeutet, dass die Eltern dazu beitragen können. Deswegen wollen wir die Angebote der Familienbildung, also die Vermittlung von Erziehungskompetenzen, und die Beratung von Familien in Problemsituationen weiter stärken. Diese Beratungs- und Bildungsangebote sollen durch zusätzliche Werbemaßnahmen besser bekannt gemacht und verbreitet werden. Weiter möchten wir die erfolgreichen Familienzentrauen so ausbauen, dass die dort möglichen Beratungen erweitert werden können. Wir werden uns zudem dafür einsetzen, dass die Nutzung solcher Angebote von allen Familien, unabhängig von ihren Lebensumständen, noch stärker angenommen wird.

Einige Wahlprogramme sprechen den Ausbildungsmarkt an und wollen die Auszubildendenzahlen nach der Pandemie erhöhen. Wie konkret wollen Sie mehr junge Frauen mit Behinderung in Ausbildung bringen und Instrumente wie KAOA-Star dazu nutzen, Geschlechterstereotypen bei Beratung und Auswahl vorzubeugen?

Wir wollen die Chancengerechtigkeit für Menschen mit Behinderung verbessern, indem wir Hürden abbauen. Durch die Corona-Pandemie hat sich die Problematik auf dem Ausbildungsmarkt verschärft, weil u. a. für viele Jugendliche der Zugang zu Ausbildungsplatzvermittlung und Praktika weggefallen ist. Deshalb wollen wir über eine verstärkte Zusammenarbeit von Unternehmen, Kammern, Arbeitsagenturen und Schulen ein bedarfsgerechtes Angebot an Ausbildungsstellen sichern und das Zusammenführen von unbesetzten beruflichen Ausbildungsstellen und unversorgten Bewerberinnen und Bewerbern verstärkt koordinieren. Generell machen wir uns für eine Umgestaltung von Karrieremustern von Jungen und Männern bzw. Mädchen und Frauen sowie eine Ausbildung abseits der klassischen Rollenbilder stark. Dazu möchten wir das Modell „Girls and Boys´ Day Academies“ auswerten und für ganz Nordrhein-Westfalen weiterentwickeln sowie Werdegänge und Ausbildungen abseits der klassischen Rollenbildern fördern.

Selbstbestimmtes Leben und Teilhabe hängen eng mit den finanziellen Möglichkeiten zusammen. Frauen mit Behinderung verdienen deutlich weniger als andere Bevölkerungsgruppen. Welche Maßnahmen wollen Sie auf Landesebene ergreifen, um die Bezahlung von Frauen mit Behinderung zu verbessern?

Zur Stärkung der Teilhabe an Arbeit setzen wir auf innovative, praktikable und betriebsnahe Lösungen. Der Erfolg bei der Integration von Menschen mit Behinderungen in den Arbeitsmarkt ist stark abhängig von handelnden Personen und existierenden regionalen Netzwerken. Deshalb wollen wir die Aufklärungsarbeit bei Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern intensivieren und dabei die Fachberatung Inklusion bei den Kammern noch stärker einbinden. Wir wollen dabei auch das Budget für Arbeit verstärkt nutzen und zudem die bestehenden Angebote für Arbeitsassistenzen erweitern. Weiter wollen wir die erfolgreiche Arbeit der Inklusionsunternehmen fortsetzen Diese Maßnahmen werden sich letztendlich auch positiv auf die Bezahlung von Frauen mit Behinderung auswirken.

Frauen mit Behinderung sind oft auf barrierefreie Wohnungen angewiesen, verdienen aber laut Statistik weniger als andere Bevölkerungsgruppen. Wie wollen Sie sicherstellen, dass es künftig genug barrierefreie, gut erreichbare Wohnungen für verschiedene Lebensmodelle gibt, deren Mieten bezahlbar sind?

Mieterinnen und Mieter in Nordrhein-Westfalen sollen sicher sein können, jederzeit eine gute Wohnung zu finden. Mit der Reform der Landesbauordnung haben wir dafür gesorgt, dass fast alle neugebauten Wohnungen barrierearm oder sogar barrierefrei eingerichtet werden. An diesen Standards werden wir festhalten. Für die Bestandsmodernisierung, besonders für die Reduzierung von Barrieren, setzen wir mit der Wohnraumförderung wichtige Impulse. Wir wollen die Förderung des Wohnungsbaus zielgenauer machen. Denn obwohl kein Bundesland so viel Geld für den geförderten Wohnungsbau zur Verfügung stellt wie Nordrhein-Westfalen, werden immer noch zu wenige Wohnungen damit gebaut. Wir wollen deshalb alle etwaigen Hürden identifizieren und beseitigen, damit auch Fördermittel wirklich für neuen mietpreisgebundenen und mietpreisgebremsten Wohnraum genutzt werden. Zudem wollen wir Anreize für weitere Investitionen in den sozialen Wohnungsbau verbessern, beispielsweise durch Pensionsfonds.

Was werden Sie dafür tun, dass auch Frauen mit Behinderung endlich Zugang zu einer flächendeckenden barrierefreien Gesundheitsversorgung, auch im ländlichen Raum, erhalten, insbesondere den Zugang zu gynäkologischen und allgemeinmedizinischen Praxen sowie zu psychotherapeutischer Versorgung?

Wir stehen für eine qualitativ hochwertige, flächendeckende und wohnortnahe Gesundheitsversorgung gerade auch im ländlichen Raum. Dabei spielt die hausärztliche Versorgung eine zentrale Rolle. Wir wollen gemeinsam mit den Körperschaften die Rahmenbedingungen für innovative Versorgungsangebote und ortsnahe Kooperationsformen verbessern. Um mehr ärztlichen Nachwuchs für ländliche Regionen zu gewinnen, wollen wir mehr Studienplätze an der Universität Witten-Herdecke schaffen und die medizinische Fakultät Ostwestfalen-Lippe weiter ausbauen. Zudem setzen wir uns dafür ein, Landarzt-Förderprogramme wie die Landesförderung für Niederlassungen zu verstärken. Wir wollen die Anzahl der psychotherapeutischen Kassensitze deutlich erhöhen. Dazu wollen wir die psychotherapeutische Bedarfsplanung reformieren. Wir wollen das Angebot von Behandlungszentren speziell für die medizinische Behandlung von Erwachsenen mit Behinderung weiter ausbauen. Dabei setzen wir auf eine Unterstützung von Seiten des Bundes.

Durch welche zusätzlichen Ressourcen und Maßnahmen wollen Sie im Gewaltschutz die festgestellte Schutzlücke für Frauen mit Behinderung schließen, Barrierefreiheit von Frauenberatungsstellen und -häusern erreichen sowie Eingliederungshilfe und Fraueninfrastruktur für besseren Gewaltschutz verzahnen?

Die Schutz- und Hilfeinfrastruktur wollen wir krisenfest aufstellen. Dazu wollen wir eine Koordinierungsstelle schaffen, die in Abstimmung mit Bund und Ländern eine wirksame und nachhaltige Gesamtstrategie zur Prävention und Bekämpfung von häuslicher Gewalt entwickelt. Wir setzen uns für die Einführung eines länderübergreifenden Online-Registers zur Registrierung und Abfrage von freien Frauenhausplätzen sowie einen weiteren Ausbau der Frauenhausinfrastruktur ein. Wir befürworten die Beteiligung des Bundes an der Regelfinanzierung von Frauenhäusern, die einen bedarfsgerechten Ausbau des Hilfesystems ermöglichen wird, auch unter Berücksichtigung von vulnerablen Gruppen wie Frauen mit Behinderung. Wir begrüßen auch das Vorhaben der von der FDP

getragenen Bundesregierung, ein Bundesprogramm Barrierefreiheit einzusetzen, damit alle Bereichen des öffentlichen Lebens barrierefrei werden, sowie entsprechende Förderprogramme aufzulegen und die Beratungsarbeit der Bundesfachstelle Barrierefreiheit auszubauen.

2021 wurde durch die Neufassung des SGB VIII der Weg für eine inklusivere Jugendhilfe freigemacht. Wie werden Sie den Prozess der Neuorientierung in offener und verbändlicher Jugendarbeit unterstützen, damit alle Mädchen, ob mit Behinderung, Migrationsgeschichte etc., Freizeitangebote nutzen können?

Wir möchten die außerschulischen Angebote der Kinder- und Jugendarbeit als demokratische Bildungsorte und freiwillige Lernorte weiter stärken. Kinder und Jugendliche sollen flächendeckend Zugang zu den vielfältigen Möglichkeiten der Bildung erhalten und allgemeine, soziale, kulturelle und persönlich Kompetenzen erwerben können, unabhängig davon, welchen Hintergrund oder welche Herkunft sie haben. Wir begrüßen daher ausdrücklich das Vorhaben der Bundesregierung, in einem Beteiligungsprozess mit Ländern, Kommunen und Verbänden notwendige Anpassungen zur Umsetzung der inklusiven Jugendhilfe zu erarbeiten. Dies werden wir konstruktiv begleiten. Wir wollen, dass die Maßnahmen der inklusiven Jugendhilfe für alle Beteiligten mit Qualität, Praxiserfahrung und Kompetenz umgesetzt werden. Dafür wollen wir Modellprogramme auf den Weg bringen und Verfahrenslotsen schneller und unbefristet einsetzen.

Frauen mit Behinderung sind in Kommunal- und Landespolitik kaum präsent: Wie konkret werden Sie bürgerschaftliches Engagement und Partizipation von Frauen mit Behinderung in NRW auf allen Ebenen fördern?

Teilhabe bedeutet für uns mehr als nur dabei zu sein. Es ist die Möglichkeit, aktiv mitzugestalten und gemeinsam etwas aufzubauen. Jede und jeder Einzelne ist ein wichtiger Bestandteil unserer Gemeinschaft und soll eine echte Chance auf Teilhabe in allen Bereichen des gesellschaftlichen Zusammenlebens haben. Mit dem neuen Projekt „In Zukunft inklusiv – Mit politischer Partizipation zum Kreis für alle“ (IZi) wollen wir Initiativen für mehr Beteiligung auf kommunaler Ebene fördern. Dieses Projekt richtet sich an die Kreise in Nordrhein-Westfalen, die bisher noch keine Form der Interessenvertretung für Menschen mit Behinderung aufweisen. Ziel ist es, alle Kreise im Rahmen des Projekts zu ertüchtigen, ihre kreisangehörigen Städte und Gemeinden beim Aufbau eigener Vertretungsformate zu unterstützen und somit ein System zu etablieren, das auch in der Fläche wirkt.